



Indien: Der Oberste Gerichtshof hegt Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes über Volksverhetzung

People's Union for Civil Liberties (PUCL)

12. Mai 2022

Das aus der Kolonialzeit stammende Gesetz über Volksverhetzung ist für die indische Regierung ein wichtiges Instrument, um Meinungs- und Redefreiheit zu kontrollieren und Kritik zu unterbinden. Der Oberste Gerichtshof lässt nun die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes überprüfen und reagiert damit auf eine Kampagne der Menschenrechtsorganisation People's Union for Civil Liberties (PUCL). Die PUCL begrüßt diesen ersten Schritt zur vollständigen Abschaffung des kolonialen Volksverhetzungsgesetzes (Sedition Law).

Die PUCL begrüßt den Beschluss des Obersten Gerichtshofs vom 11.05.22, die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zur Aufwiegelung und Volksverhetzung zu überprüfen. Damit folgte das Gericht der Petition des Armee-Veteranen und Generalmajors a.D. SG Vombatkere sowie der PUCL und einer Reihe anderer Antragstellenden, die den Abschnitt 124-A des indischen Strafgesetzbuches (IPC) von 1860 anfechten. In ihrer Petition hatte die PUCL geltend gemacht, dass das Gesetz aus der Kolonialzeit aufgrund der Entwicklungen im Verfassungsrecht keinen Platz mehr hat; es sei zu weit gefasst, vage und willkürlich und verletze die unantastbare Rede- und Meinungsfreiheit. Deshalb müsse es wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben werden.

Der Beschluss des Obersten Gerichtshofs ist ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen das Gesetz über Volksverhetzung. Seine Geschichte begann mit der Verhaftung von Freiheitskämpfern wie Gandhi und Tilak¹ in der Kolonialzeit und setzte sich bis zur Verhaftung des PUCL-Vizepräsidenten Binayak Sen und seiner Verurteilung zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe, der Verurteilung der Journalistin und PUCL-Büroleiterin in Uttar Pradesh Seema Azad, der Einleitung von

¹ Bal Gangadhar Tilak (1856 – 1920), bedeutender Politiker im indischen Unabhängigkeitskampf, proklamierte die vollständige Unabhängigkeit Indiens

Verfahren gegen die nationale Sekretärin der PUCL, Sudha Bharadwaj, gegen das PUCL-Mitglied in Jharkhand, den kürzlich verstorbenen Pater Stan Swamy und viele andere unter drakonischen Gesetzen wie dem Volksverhetzungsgesetz und dem Gesetz zur Verhinderung rechtswidriger Aktivitäten (UAPA)² fort. Die Anwendung dieser repressiven Bestimmungen führte dazu, dass die PUCL eine Kampagne zur Aufhebung des Volksverhetzungsgesetzes initiierte, für die über 100.000 Unterschriften zusammenkamen. Zwar führte die Kampagne zur Freilassung von Binayak Sen und der Petitionsausschuss des Rajya Sabha³ befasste sich ebenfalls mit dem Thema - das Gesetz wurde jedoch weiterhin von allen Regierungen genutzt, um Oppositionelle und Kritiker:innen ins Visier zu nehmen.

Wie eine Studie des Online-Portals Article 14⁴ zeigt, wurden zwischen 2010 und 2021 mehr als 13.000 Personen wegen Volksverhetzung angeklagt. Während alle Regierungen das Volksverhetzungsgesetz genutzt haben, um politische Gegner:innen und Andersdenkende abzustrafen, hat mit der Machtübernahme der Bharatiya Janata Party (BJP) der Missbrauch des Gesetzes weiter zugenommen, wurden abweichende Meinungen kriminalisiert und zum Schweigen gebracht. Nach Angaben der NCRB⁵ ist die Anzahl der Anklagen wegen Volksverhetzung zwischen 2016 und 2019 um 160 Prozent gestiegen, während die Verurteilungsquote von 33,3 Prozent auf 3,3 Prozent gesunken ist. Die Studie zeigt auch, dass seit 2014, als die BJP an die Macht kam, die Anzahl der wegen Volksverhetzung angeklagten Frauen um 190 Prozent gestiegen ist: darunter sind Künstler:innen, Filmemacher:innen, Akademiker:innen, Adivasi, Aktivist:innen, Student:innen, Hausfrauen und Politiker:innen.

96 Prozent der Anklagen wegen Volksverhetzung, die zwischen 2010 und 2021 gegen 405 Personen wegen Kritik an Politiker:innen und Regierungen erhoben wurden, erfolgten allein nach 2014; 14,9 Personen wurden beschuldigt, "kritische" und/oder "abfällige" Bemerkungen gegen Premierminister Narendra Modi und 14,4 gegen den Ministerpräsidenten von Uttar Pradesh (UP), Yogi Adityanath gemacht zu haben.

Angesichts des schwerwiegenden Missbrauchs dieser Bestimmung zur Einschränkung des verfassungsmäßigen Rechts auf freie Meinungsäußerung, war die Einsetzung eines Richterremiums, das sich mit der Anfechtung der Aufwiegelungs- und Volksverhetzungsbestimmung befassen soll, ein Hoffnungsschimmer. Das Gericht unter dem Vorsitz des Obersten Richters Ramana hatte sich wiederholt mündlich zum kolonialen Charakter des Gesetzes geäußert. Auch die Unionsregierung reichte eine eidesstattliche Erklärung ein, in der sie die "Besorgnis" über den "Missbrauch" des Gesetzes einräumte und um Zeit für eine "erneute Prüfung des Gesetzes" vor einem "geeigneten Forum" bat.

Vor dem Hintergrund des Eingeständnisses der Zentralregierung, dass das Gesetz "missbraucht" wird, drückt der Oberste Gerichtshof im Tenor seines Beschlusses die "Hoffnung" und die Erwartung aus, dass, solange das Gesetz überdacht wird, "die Zentralregierung und die Regierungen der Bundesstaaten davon absehen werden, unter Berufung auf Abschnitt 124-A des IPC Anzeigen aufzunehmen, Ermittlungen fortzusetzen oder Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Es ist angemessen, diese gesetzliche Bestimmung nicht anzuwenden, bis die weitere Überprüfung abgeschlossen ist".

² UAPA Unlawful Activities Prevention Act

³ Rajya Sabha – 2. Kammer des indischen Parlaments

⁴ „A Decade of Darkness – The Story of Sedition in India“. <https://sedition.article-14.com/>

⁵ NCRB National Crime Records Bureau

Ferner hat der Oberste Gerichtshof entschieden, dass Personen, die bereits nach Abschnitt 124-A IPC angeklagt sind und sich im Gefängnis befinden, bei den zuständigen Gerichten Kautions beantragen können. Wird ein neuer Fall registriert, soll es den betroffenen Parteien zudem freistehen, sich für eine entsprechende Unterstützung an die Gerichte zu wenden. Die Gerichte werden aufgefordert, den beantragten Rechtsbehelf unter Berücksichtigung des Beschlusses des Obersten Gerichtshofs zu prüfen.

Es liegt in der Verantwortung der Regierungen der Bundesstaaten und der Union, der Anordnung des Obersten Gerichtshofs Folge zu leisten und von der Erhebung von Strafanzeigen nach Abschnitt 124-A abzusehen. Auch die Gerichte der unteren Instanzen müssen diese Anordnung befolgen und dafür sorgen, dass die auf der Grundlage dieser Bestimmung festgenommenen Personen unverzüglich gegen Kautions freigelassen werden und nicht unnötig inhaftiert bleiben.

Allerdings sollte zur Vorsicht mahnen, dass selbst in Fällen, in denen der Oberste Gerichtshof eine Gesetzesvorschrift aufgehoben hat, diese von der Regierung weiterhin angewendet wird. Die PUCL ist sich der Tatsache schmerzlich bewusst, dass trotz der Aufhebung von Abschnitt 66-A des Gesetzes gegen Cyberkriminalität durch den Obersten Gerichtshof in der Rechtssache der Juristin Shreya Singhal gegen die indische Union zum Recht auf Redefreiheit im Internet, die Vorschrift weiterhin ein Zombie-Dasein führt, da die Regierungen auch weiterhin Anzeigen unter Berufung auf die Vorschrift erstatten.

Menschenrechtsaktivist:innen haben nun eine große Verantwortung dafür zu sorgen, dass der Beschluss des Obersten Gerichtshofs in die Tat umgesetzt wird und dass mehr als siebenzig Jahre, nachdem die indische Verfassung das Recht auf freie Meinungsäußerung anerkannt hat, das Gesetz über Volksverhetzung verschwindet. Zunächst würde die PUCL denjenigen, die in ihrem Bundesstaat wegen Volksverhetzung angeklagt sind, dabei helfen, bei dem zuständigen Gericht eine Kautions zu beantragen und aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Die PUCL würde auch überwachen, ob die Regierungen aller Bundesstaaten die Anordnungen des Obersten Gerichtshofs genauestens befolgen und ob es zu weiteren Anzeigen kommt.

Die PUCL muss darauf hinweisen, dass trotz dieser Anordnungen eine größere Anzahl von Menschenrechtsaktivist:innen, Journalist:innen, Muslims, Dalits, Adivasi und Studierende weiterhin im Gefängnis sitzen wird, weil sie ihr verfassungsmäßiges Recht auf Rede- und Meinungsfreiheit wahrgenommen haben.

Als Gandhi nach Abschnitt 124-A des IPC verhaftet wurde, bezeichnete er diesen bekanntlich als den "Prinzen unter den politischen Abschnitten des indischen Strafgesetzbuches". In diesem Zeitraum wurde der Titel des "Prinzen" jedoch vom Gesetz gegen rechtswidrige Aktivitäten UAPA besetzt, und es gibt zahlreiche weitere Mitglieder dieser königlichen Familie repressiver Gesetze, darunter der Public Safety Act (PSA) in Kaschmir, die Gesetze zur Kontrolle organisierter Verbrechen in Maharashtra, Gujarat, Tamil Nadu und Karnataka, der National Security Act (NSA) und viele andere Gesetze.

Das gefährlichste Mitglied dieser herrschenden Familie repressiver Gesetze ist zweifellos das UAPA, unter dem bis heute die Bhima Koregaon-16⁶, Protestierende gegen das neue Gesetz zur

⁶ Bhima Koregaon-16 Sechzehn inhaftierte Aktivist:innen, die seit vielen Jahren für die Verteidigung der Rechte armer und marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen Indiens gearbeitet und als Schriftsteller:innen, Journalist:innen und Anwalt:innen die Regierungspolitik lautstark kritisiert haben. Die als BK-16 bekannten Aktivist:innen sind mittlerweile seit fast vier Jahren ohne Beweise und ohne Verfahren im Gefängnis oder stehen unter Hausarrest. Weitere Informationen zu den politischen Gefangenen im Fall des Bhima-Koregaon: <https://free-them-all.net/category/background/bhima-koregaon/>

Staatsbürgerschaft sowie Hunderte weiterer Aktivist:innen angeklagt und inhaftiert wurden. Während diejenigen, die nach dem Volksverhetzungsgesetz angeklagt sind, nur unter großen Schwierigkeiten gegen Kautionsfreikommen, wird denjenigen, die nach dem UAPA verhaftet wurden, sogar das Recht auf Kautionsverweigerung, so dass der Prozess selbst zur Strafe wird. Es ist unbedingt erforderlich, dass der Oberste Gerichtshof auch die Verfassungsmäßigkeit des UAPA sowie anderer repressiver Gesetze prüft und die durch den wichtigen Beschluss ausgelöste Hoffnung konstruktiv wendet.

Übersetzung: Jean Donauer

Die People's Union for Civil Liberties (PUCL) wurde 1976 von dem oppositionellen Politiker und Aktivist Jayaprakash Narayan begründet und ist heute die größte Menschenrechtsorganisation in Indien. Sie hat Niederlassungen in fast allen indischen Bundesländern und kämpft gegen die Verletzung von Bürger:innenrechten.

<https://www.pucl.org/>

Vi.S.d.P.:

Jean Donauer

Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52

50672 Köln (Germany)

speak.up@asienhaus.de

www.asienhaus.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens

Das Redaktionsnetzwerk Südasiens ist eine Kooperation zwischen der Stiftung Asienhaus und dem Südasiensbüro.

SÜDASIEN



Stiftung
Asienhaus